

Allgemeiner Anzeiger

für das Amt Rierspe

Verbreitungsbezirk: Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Königsahl, Oberbrügge, Bollwerk, Bollme u. Grünenbaum

Druck und Verlag: Wilhelm Bell Jr., Halver i. Westf. — Hauptgeschäftsstelle: Halver. — Fernsprecher: Nr. 442

Nr. 84

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspennig; für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige, Anzeigen 10 Reichspennig; Reklame 40 Reichspennig, — Offertgebühren 80 Reichspennig und Porto. —

Samstag, den 8. April

Erscheint wöchentlich 6 mal mit 4 Gratis-Beilagen
Abonnements- und Inseraten-Annahme:
Rierspe: Frh. Schäfer; Rierspe-Bhf.: Frh. Becker.
Höckinghausen: Lehrer Dittmar. Königsahl: W. Croue.

1933

Gleichschaltung der Politik

Statthalter in den Ländern.

Auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung hat sich die Reichsregierung mit neuen Maßnahmen beschäftigt, um die Gleichschaltung von Reich und Ländern, also um die absolute Übereinstimmung des politischen Willens der Reichsregierung und der Länderregierungen zu sichern.

Das Gleichschaltungsgesetz sieht folgendes vor:

In den einzelnen Ländern werden vom Reichskanzler Statthalter eingesetzt, die die Vollmacht erhalten, die Ministerpräsidenten der Länder zu ernennen und auch die Mitgl. der Länderregierungen zu bestimmen. Die Statthalter üben also in den Ländern einmal das Amt eines Staatspräsidenten aus. Sie haben gleichzeitig die Aufgabe, die engste politische Verbindung mit der Reichsregierung zu halten. Da die Statthalter das Recht haben, den Ministerpräsidenten zu ernennen, können sie auch Länderregierungen, die im Rahmen der Gleichschaltung der politischen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern von der Reichspolitik abweichen, absetzen. Sie können neue Ministerpräsidenten einsetzen, und sie können auch einen Wechsel in den Mitgl. der Länderregierungen vornehmen.

Eine Ausnahme wird für Preußen gemacht, und zwar insofern, als der Statthalter des Reiches in Preußen der Reichskanzler selbst wird. Das Amt des Statthalters in Preußen ist aber nicht etwa zugleich das Amt des Ministerpräsidenten, so daß der Reichskanzler für Preußen auch einen Ministerpräsidenten einsetzen muß. Weiter ernannt der Reichskanzler die Mitglieder der preussischen Regierung. Eine Wahl von Länderregierungen durch die Parlamente wird in Preußen wie auch in den anderen Ländern nicht mehr erfolgen. Die Entscheidung über die Besetzung des preussischen Ministerpräsidentenpostens liegt also nicht mehr beim preussischen Landtag, sondern beim Reichskanzler. Als Kandidaten werden wie bisher Göring und Papen genannt.

Das neue Gleichschaltungsgesetz.

Die Befugnisse der Reichsstatthalter festgelegt.
Der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt.

Die Mitglieder der Reichsregierung traten am Freitag zu einer Ministerbesprechung zusammen, in der zunächst der Reichsaußenminister einen Bericht über die außenpolitische Lage erstattete.

Darauf wurde ein Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich beschlossen. In diesem Gesetz wird bestimmt, daß der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers in allen deutschen Ländern außer in Preußen Statthalter ernannt. Der Reichsstatthalter hat die Aufgabe, für Zuneigung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Dem Reichsstatthalter stehen folgende Befugnisse der Landesgewalt zu:

1. Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierung.
2. Auflösung der Landesregierung und Anordnung der Neuwahl vorbehaltlich der Bestimmungen des § 8 des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933.
3. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze einschließlich derjenigen Gesetze, die von der Landesregierung gemäß § 1 des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 beschlossen werden.
4. Auf Vorschlag der Landesregierung Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie von der obersten Landesbehörde bisher schon erfolgt.
5. Begnadigungsrecht.

Der Reichsstatthalter kann in den Sitzungen der Landesregierung den Vorsitz übernehmen. Er darf nicht gleichzeitig Mitglied der Landesregierung sein. Er soll dem Lande angehören, dessen Staatsgewalt er ausübt. Sein Amtssitz ist der Sitz der Landesregierung. Der Reichsstatthalter wird für die Dauer einer Landtagsperiode ernannt. Er kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden. Auf das Amt des Reichsstatthalters finden die Bestimmungen des Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 Anwendung. Die Dienstbezüge gehen auf Kosten des Reiches, deren Festsetzung noch vorbehalten ist.

Wittrauensbeschlüsse des Landtages gegen den Vorsitzenden und Mitglieder der Landesregierung sind unzulässig.

In Preußen übt der Reichskanzler die oben angegebenen fünf Rechte des Reichsstatthalters aus.

Gegenstehende Bestimmungen der Reichs- und Landesverfassungen treten außer Kraft. Soweit eine Landesverfassung das Amt eines Statthalters vorsieht, treten auch diese Bestimmungen außer Kraft. Mitglieder der Reichsregierung können gleichzeitig Mitglieder der preussischen Landesregierung sein.

Im Zusammenhang damit wird der Reichspräsident die Notverordnungen über Preußen aufheben.

Der Ministerrat beschloß ferner, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag gelten soll. Er soll den

Feiertag der nationalen Arbeit ausdrücken. Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes sind dem Minister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, überlassen worden. Für den 1. Mai gelten dieselben Vorschriften wie für die in die Woche fallenden kirchlichen Feiertage.

Die Gleichschaltung der Deutschen Turnerschaft.

Der Erste Vorsitzende, Dominicus, zurückgetreten.

Der Erste Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Dominicus, hat sein Amt niedergelegt, um, wie er erklärte, der Deutschen Turnerschaft den Weg zu neuen grundsätzlichen Entscheidungen zu erleichtern. Der Zweite Vorsitzende, Dr. Neuenendorff, hat die Leitung der Deutschen Turnerschaft übernommen.

Dominicus wurde auf dem 20. Deutschen Turntag in Berlin im Jahre 1929 zum Ersten Vorsitzenden der D.T., diesem größten Verband für Leibesübungen mit 1,6 Millionen Mitgliedern, berufen.

Den im Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen vereinigten Turn- und Sportverbänden ist auf dem Wege über das Reichsministerium des Innern folgendes mitgeteilt worden: „Die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, der nach ihren Angaben elf Verbände und 1,3 Millionen Mitglieder angehören, hat dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen mitgeteilt, daß sie beschlossen habe, ihre Spitzenorganisationen aufzulösen, den bisherigen Klassenkampfpunkt aufzugeben und bittet der D.T.A., ihre einzelnen Verbände als Mitglieder aufzunehmen. Der Vorstand des D.T.A. hat beschlossen, die Aufnahme abzulehnen. Der D.T.A. rät den ihm angeschlossenen Verbänden, auch ihrerseits die Aufnahme der einzelnen Vereine aus den Arbeiter-

Kurze politische Nachrichten.

Im Reichsjustizministerium sind die Justizminister der einzelnen Länder zu einer Konferenz zusammengetreten, um über die Frage der Zulassung der Anwälte zu beraten. Die Beratungen dienen dem Ziel, an die Stelle der in den einzelnen Ländern getroffenen Regelung eine einheitliche Regelung für das ganze Reich vorzubereiten.

Im Rahmen der bevorstehenden Personalveränderungen bei den Banken, auf die das Reich einen maßgebenden Einfluß ausübt, sollen in den nächsten Tagen Excellenz Dornburg aus der Akzeptbank, Ritscher aus der Dresdner Bank, Landauer aus der Reichs-Kredit-Gesellschaft und Berliner aus der Commerz- und Privat-Bank aus ihren bisherigen Posten ausscheiden.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz beschlossen, das den Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Berlin unter die Aufsicht der Reichsregierung stellt. Es bestimmt, daß der Verband seine Satzung der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen hat. Mit der Genehmigung der Satzung wird der Verband eine öffentliche Körperschaft des Reiches. Er steht unter Aufsicht der Reichsregierung.

Der sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete und frühere preussische Innenminister und Berliner Polizeipräsident Grzesinski, der bekanntlich wegen unentschuldigter Fehls in der Eröffnungssitzung des Landtages auf 90 Sitzungstage ausgeschlossen worden war, hat sein Landtagsmandat nunmehr niedergelegt.

Wie verlautet, ist eine Zusammenlegung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und des Reichsernährungsministeriums mit dem preussischen Landwirtschaftsministerium beabsichtigt. Die für die gegenwärtige Aufteilung der Regierungsaufgaben im Kabinett der nationalen Konzentration bestehende Personalunion für alle vier Ministerien insgesamt bleibt davon unberührt.

Wie verlautet, soll ein Gesetz geschaffen werden, das den ausscheidenden Beamten die Möglichkeit gibt, sich von Mietverträgen und ähnlichen Dingen zu lösen. Voraussichtlich dürften die Kündigungsfristen verkürzt werden.

Der Gesamtausschuß des Deutschen Genossenschaftsverbandes e. V. und die Vereinigung von Zentralbanken gewerblicher Kreditgenossenschaften haben eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Das Ziel des Führers Adolf Hitler, die Befreiung Deutschlands und die Zusammenfassung der deutschen Stämme, Stände und Berufe, wird reiflos von den deutschen gewerblichen Genossenschaften verfolgt. Sie stellen sich geschlossen hinter die Regierung.

Turn- und Sportverbänden grundsätzlich abzulehnen, die Aufnahme einzelner Mitglieder jedoch von Fall zu Fall nach sorgfältiger Prüfung der Persönlichkeit in beschränktem Umfang zu gestatten.

Das Reichsreformwerk der Regierung.

Die Reichspressestelle der NSDAP. schreibt zu dem Reichsreformwerk der Regierung u. a. folgendes: Das neue Gesetzgebungsmerk über die Statthalter-schaft in den deutschen Ländern kann in seiner staatspolitischen Bedeutung kaum überschätzt werden. Es ist eine gesetzgeberische Tat, wie sie in der Geschichte des Deutschen Reiches seit Jahrhunderten nicht verzeichnet ist. In klarer Erkenntnis dieser Bedeutung und durchdrungen von der Notwendigkeit, der durch die nationale Erhebung sich wunderbar aufs neue gefügten deutschen Verbundenheit und Einheit des deutschen Volkes auch das ihr entsprechende staatliche Fundament zu geben, hat die Regierung Hitler diesen schöpferischen staatspolitischen Wurf zu einem wirklichen deutschen Volksreiche, zum ersten deutschen Nationalstaat, gewagt.

Die Weimarer Verfassung brachte keine deutsche Reichsreform, sondern ließ in dieser Beziehung alles beim alten, ein weiterer klarer Beweis dafür, daß ihr jede schöpferische Kraft fehlte, weil sie aus Schwäche und Verrat geboren war. Wäre sie eine deutsche Volksrevolution gewesen, so hätte sie sich niemals damit begnügen können, an die Stelle der Monarchie einfach eine Unzahl von Vonzeparlamenten zu setzen, die nicht die Einheit, sondern die Zersplitterung gewährleisten. Die Schöpfer des neuen Gesetzgebungsmerkes sind von dem Willen besetzt, Gewordenes und Gewachsenes nicht nur zu achten, sondern es zu fördern. Sie wissen, daß Heimatliebe und blühendes kulturelles und wirtschaftliches Eigenleben der einzelnen Länder und Landschaften besser gewahrt sind und sich stärker entfalten können unter einer starken politischen Reichsgewalt, die sich auf die großen politischen Aufgaben der Nation beschränkt, als ein föderatives Staatengebilde, das in einem Gegenüberstand der politischen Mächte die Kräfte der Nation als Ganzes verzehrt und verbraucht.

Deutschland nach Washington eingeladen

Das amerikanische Staatsdepartement hat bekanntgegeben, daß die Einladungen an Deutschland, England, Frankreich und Italien, zu vorbereitenden Verhandlungen über die Weltwirtschaftskonferenz nach Washington zu kommen, ergangen sind.

Spende für den Bauernkanzler Adolf Hitler.

Ein Aufruf des Reichslandbundes.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat folgenden Aufruf erlassen: „Hitler-Spende des Reichslandbundes, Hilfswerk deutscher Bauern! Kameraden der braunen Scholle!

Reichskanzler Adolf Hitler hat das erwachende deutsche Volk zur Aufbauarbeit aufgerufen. Geld hat kein Landmann! Aber eine Stube und Kost für ein, zwei, drei oder vier Wochen für einen deutschen Blutsbruder aus dumpfen, rauchigen Stadtmauern, der im Kampfe für das neue Deutschland immer sein Leben einsetzte.

Dies soll unsere Spende werden, die es dem Bauernkanzler Adolf Hitler ermöglicht, vielen eine Erholung und ein seelisches Neuerstarken in freier Natur zu geben. Gleichzeitig ist es ein Dank des Landes an die Kämpfer in den großen Städten, die im Ringen um die Wiedergewinnung der verführten Volksseele die schwerste Arbeit hatten.“

Die Dsthilfe.

Das Ergebnis der Untersuchung.

Der Dsthilfeuntersuchungsausschuß hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am 6. April seine Beratungen abgeschlossen und einen Bericht hierüber dem Reichsminister Dr. Hugenberg erstattet. Der Dsthilfeuntersuchungsausschuß hat seine Arbeiten auf die Nachprüfung der im Reichstagsauschuß vorgebrachten 26 Dsthilfefälle beschränkt und in elf Sitzungen eingehend erörtert und nachgeprüft. Vorher waren auf Wunsch des Rechnungshofes bereits sechs Fälle von der Nachprüfung ausgeschlossen, die bereits vom Rechnungshof nachgeprüft worden waren.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß die in der linksgerichteten Tagespresse im Januar 1933 erhobenen Angriffe gegen die beteiligten Behörden samt und sonders zu Unrecht erhoben worden sind. Von Korruption sei keine Rede. In keinem der von ihm untersuchten 26 Einzelfälle habe sich der Verdacht einer Korruption der beteiligten Beamten ergeben. Die erhobenen schweren Beschuldigungen fallen damit ohne weiteres in sich zusammen.

Ein Gesetz über Orden und Titel.

Die Reichsregierung plant, wie verlautet, ein Gesetz über die Wiedereinführung von Titel,

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab in der Generalversammlung der Reichsbank Erklärungen ab über sein finanzielles Programm.

* Die erste Verurteilung wegen Verbreitung von Greuelnachrichten erfolgte in Berlin, wo ein Händler zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

* Die Wiedereinführung des Bieres wurde in Amerika mit großem Jubel und Trubel gefeiert.

Orden und Ehrenzeichen. Die gesamte Verleihung von Titeln, Orden und Ehrenzeichen soll, wie es heißt, in die Hand des Staatsoberhauptes, d. h. also des Reichspräsidenten, gelegt werden, zu dessen Beratung ein besonderes Ordensamt geschaffen werden dürfte. Die neuen Orden und Ehrenzeichen sollen die Möglichkeit schaffen, großen nationalen Verdiensten sowohl auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem und ganz besonders auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen.

Gerüchweise verlautet, daß der Reichspräsident auch das Recht erhalten soll, ganz überragend große Verdienste um Volk und Nation durch die Verleihung des Adels zu ehren, wobei offenbar auch an die gleichzeitige Beilehnung der Geadelten mit ländlichem Grundbesitz gedacht wird.

Die Italienreise Görings.

Besprechung mit Balbo.

Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, wird Reichsminister Göring seine Reise nach Italien in seiner Eigenschaft als Reichsminister der Luftfahrt machen und mit dem italienischen Luftfahrtminister Balbo die Regelung bestimmter Luftverkehrsfragen besprechen. Die Unterredung gilt zunächst der Luftverbindung Deutschland-Italien, die bisher nur versuchsweise durchgeführt wurde und die zu einer Dauerverbindung ausgebaut werden soll. Weiterhin wird die Weltluftreise der italienischen Luftflotte Gegenstand der Besprechungen sein. Bekanntlich beabsichtigt Minister Balbo, demnächst eine Weltreise mit der italienischen Luftflotte zu unternehmen. Dabei ist für eine Zwischenlandung Berlin aussersehen worden und bei der Zusammenkunft der beiden Luftfahrtminister in Rom sollen der Ort für die Zwischenlandung und die Art des Besuchs der italienischen Luftflotte näher besprochen werden.

Abreise v. Papens nach Rom.

Am Freitagabend verließ Vizkanzler v. Papen Berlin, um sich zu dem vorgesehene Besuch nach Rom zu begeben. Reichsminister Göring wird am Sonntag nach Rom fahren.

Keine Pension für Parteibuchbeamte.

Das Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Das Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums enthält nach dem „Völkischen Beobachter“ folgende zwei Grundgedanken:

Die Parteibuchbeamten werden ausgemerzt, soweit sie ohne entsprechende Vorbildung durch das frühere System zu Trägern der Staatsautorität gemacht worden sind. Die Frage der Pension wird individuell geregelt. Die Entscheidung darüber, wer bleibt und wer geht, wer ein Ruhegehalt erhält und wer dessen als unwürdig angesehen wird, liegt in den Händen einer Spruchkammer beim Reichsinnenministerium. Die Parteibuchbeamten werden entweder voll auf die Pension verzichten müssen oder, falls eine jährliche Notwendigkeit vorliegt, erhalten sie geringe Pensionsbezüge.

Norman Davis in Berlin.

Der außerordentliche amerikanische Botschafter Norman Davis verließ am Freitagabend Paris, um sich nach Berlin zu begeben.

In einer Unterredung, die er einem Pariser Pressevertreter gewährte, erklärte er u. a., in Berlin wolle er neben dem Außenminister auch den Reichskanzler Hitler aufsuchen. Er wolle feststellen, wie der eigentliche Standpunkt der Reichsregierung zur Abrüstung aussieht. Norman Davis beabsichtigt, am Dienstag wieder in Paris zurück zu sein.

Wichtige Änderungen in den Krankenkassen.

Jüdische Ärzte nicht mehr zugelassen.

Auf Veranlassung des Kommissars der ärztlichen Spitzenverbände bereitet, wie der Verband der Ärzte Deutschlands mitteilt, das Reichsarbeitsministerium Maßnahmen vor, um die jüdischen Vertrauensärzte und Gutachter bei den Versicherungssträgern und Versicherungsanstalten auszuschneiden. Die Untersuchungen für den freiwilligen Arbeitsdienst werden nicht mehr von jüdischen Ärzten vorgenommen werden. Die Vorschriften für die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit werden dahin geändert, daß jüdische Ärzte nicht mehr oder nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Aus den Schiedsämtern für Ärzte und Krankenkassen werden die jüdischen Mitglieder zurückgezogen. Von den gleichen Maßnahmen werden auch marxistische Ärzte betroffen. Die Krankenkassen werden in gleicher Weise gereinigt. Ihre Geschäftstätigkeit wird scharf überprüft. Die vorhandenen Korruptionsscheine werden mit unnachlässiger Strenge ausgemerzt. Die vielfach unwirtschaftlichen Eigenbetriebe der Krankenkassen und ihrer Vereinigungen und Verbände, insbesondere die Behandlungsanstalten der Ortskrankenkassen (Ambulatorien) und zahlreiche unrentable Institute werden aufgelöst.

Eigenmächtige Eingriffe in Wirtschaftsunternehmen untersagt.

Die politische Zentralkommission der NSDAP. gibt folgende Anordnung bekannt: „Es ist den Mitgliedern der NSDAP., SA. und SS-Männern oder sonstigen Angehörigen der NSDAP. untersagt, in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsunternehmungen, Industriebetriebe, Banken usw., selbständig einzugreifen, Abschnitte vorzunehmen und dergl. Zu irgendwelchen Eingriffen muß die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP. vorliegen, die nur im Einvernehmen mit der politischen Zentralkommission handeln dürfen.“

Siedlung und gewerblicher Mittelstand.

Hebung von Handwerk und Einzelhandel.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Reichsverband des deutschen Handels hatten unlängst dem Reichskanzler eine gemeinsame Eingabe übermittelt, in der sie auf die Vorteile für den gewerblichen Mittelstand durch weitere Förderung der ländlichen Siedlung hinwiesen. Die genannten Spitzenverbände forderten, daß von den für die öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitgestellten Mitteln für Siedlungszwecke ein weit größerer Teil abgezweigt werden sollte. Auf diese Eingabe hat nunmehr der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt, daß er sich den Anregungen weitestgehend anschließt. In seiner Stellungnahme stimmt der Minister Eugen Berg den Darlegungen der genannten Spitzenverbände auch darin zu, daß durch die landwirtschaftliche Siedlung keineswegs nur der angesetzte Siedler wirtschaftlich gehoben wird, sondern daß nach den Erfahrungen der deutschen Siedlung in den letzten zwei Jahrhunderten durch jede verstärkte Ansiedlung bäuerlicher Siedler auch eine sichtbare, weitgehende Rückwirkung auf die Hebung der gewerblichen Betriebe der ganzen Umgebung ausgeübt wird.

Verschwendung beim Kölner Krankentassenbau.

Einzelheiten aus dem Untersuchungsergebnis.

Wie die Kommissare für die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köln festgestellt haben, ist bei dem Neubau des Krankentassengebäudes eine ungeheure Verschwendung getrieben worden. Nachdem der Westdeutsche Beobachter schon vor einigen Tagen Einzelheiten aus dem Untersuchungsergebnis der Kommissare gebracht hatte, wonach allein der Innenausbau der Arbeitsräume der Direktion rund 145 000 Mark und der Ausbau der Direktorenwohnung 55 000 Mark erforderte, bringt das Blatt jetzt weitere

Einzelheiten über die ungeheuren Beträge,

die allein für den Ausbau der Eingangshalle sowie des Treppenaufganges ausgeworfen worden sind. Danach wurden für die verschwenderische Ausstattung, ohne die eigentlichen Maurerarbeiten, Eisenbetonarbeiten, Architektenhonorare usw., rund 200 000 Mark aufgewendet. Die in der Eingangshalle angebrachten Heizkörperverkleidungen kosteten allein je Stück 410 Mark, das Treppengeländer (65 Zentimeter hoch) pro Meter 300 Mark; die Aufschriften, die zu den verschiedenen Abteilungen im Hause weisen, wurden in echt vergoldeten Buchstaben ausgeführt, von denen das Stück 16,50 Mark kostete. Die Kronleuchter erforderten einen Betrag von 3562 Mark, die übrigen Bronzearbeiten 6400 Mark, die Fußböden und Marmorverkleidungen verlangten einen Betrag von 62 500 Mark. Für den Personenaufzug wurden 12 000 Mark aufgewendet, während die Aufzugsführung (Messingkonstruktion mit Kristallspiegelglas) 11 800 Mark kostete. Die Marmorarbeiten des Treppenhauses sind mit 15 600 Mark ausgewiesen. Ähnlich liegen die Kosten für die Ausstattung der Vorhalle im ersten Obergeschoß.

Der DGB. zur Mitarbeit bereit.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich eingehend mit der gegenwärtigen Lage und den Aufgaben der Gewerkschaften. Nach einem Bericht des Vorsitzenden Leipart wurde in der anschließenden Aussprache einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß der DGB. einer Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens um so bereitwilliger zustimmen würde, als er selbst dahingehende Bestrebungen unterstützt und angeregt habe. Er würde jederzeit bereit sein, an dieser großen Aufgabe mitzuwirken. Die Gewerkschaften glauben, ein Anrecht darauf zu haben, daß ihre geschichtliche Leistung gerade von der Regierung anerkannt wird, die sich das große und auch von den Gewerkschaften anerkannte Ziel setzt, die innere und äußere Freiheit der Nation auf die schöpferischen Kräfte des ganzen Volkes zu gründen.

Aufruf für eine Hitler-Jugend-Lotterie.

Die Hitler-Jugend veranstaltet zur Finanzierung ihres Jugendwerkes eine Lotterie. Die Reichsjugendführung wendet sich mit einem Aufruf an die Jungen und Mädchen der Hitler-Jugend, in dem es u. a. heißt:

Der Reichsjugendführer hat sich entschlossen, durch die Veranstaltung einer großen Hitler-Jugend-Lotterie die Grundlagen für die weitere Arbeit zu schaffen: Mittel für Führerschulung, Schulungslager und Kurse, zur Errichtung von Hitler-Jugendheimen und -Büchereien und für die soziale Arbeit unserer Organisationen.

Jungens und Mädels der Hitler-Jugend! An euch allen draußen im Lande ist es nun, das begonnene Werk fortzuführen. Der Reichsjugendführer ruft euch zur Mitarbeit. Kauft und vertrittet unter den Freunden unserer Organisationen die Lose der Hitler-Jugend-Lotterie. Ihr helft so dazu, daß in Deutschland eine Generation heranwächst, die bereit und fähig ist, im Sinne und Willen unseres Führers Deutschland zu gestalten und zu erhalten.

Eine Kundgebung des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Nationales Gelöbnis des Verbandes.

Der Deutsche Feuerwehrverband, die Spitzenorganisation der freiwilligen Feuerwehren Deutschlands, hat an den Reichsminister des Innern Dr. Frick eine Kundgebung gerichtet, in der es u. a. heißt: „Dienst am Allgemeinheit ist die Lösung der freiwilligen Feuerwehren, die sich mit ihrem ganzen Sein in den Dienst stellen, wenn es gilt, des Nächsten Hab und Gut zu retten, und die auch ihr Leben in die Schanze schlagen, wenn von Feuer oder allgemeiner Not betroffene Staatsbürger zu retten sind. Die Zielsetzung der freiwilligen Feuerwehren Deutschlands, Leben und Eigentum der Nation zu retten und zu schützen, lag stets in der Linie des nationalen Pflichtbewußtseins, das uns zu dem Gelöbnis berechtigt, für alle Zeiten dem Reiche und dem deutschen Volke und somit der nationalen Regierung mit neuer Kraft und Opferfreudigkeit zu dienen.“

Lokales und Provinzielles.

Kierspe, den 8. April 1933.

Allein mit Gott.

Joh 8, 16: Ich bin nicht allein, sondern ich und der Vater, der mich gesandt hat.

Am Palmsonntag ist Jesus einst in Jerusalem eingezogen. Dichte Menschenmengen umdrängten, ihr Jubel umbraute ihn. Und doch ritt er einsam durch sie hin. Einige Tage später: er geht nach Bethsemane, umgeben von seinen Jüngern. Und doch ist er allein, ganz allein. Und wieder einen Tag später: er hängt am Kreuz. Wieder umwoog ihn eine Menge, nicht im Jubel, sondern in Haß und Entsetzen. Aber Haß und Entsetzen ziehen ihn ebenso wenig in sich hinein, wie vorher Begeisterung und Jubel: er ist allein. Sie haben ihm Gesellschaft gegeben am Kreuz, einen rechts und einen links. Und doch steht sein Kreuz allein, es hat keine Gemeinschaft mit den beiden anderen.

So kommt am Palmsonntag und in der stillen Woche zum klarsten Ausdruck, wie es immer mit ihm war von Anfang an: er ist allein, einsam gewesen, immer. Als er auftrat mit seiner Predigt, trug er sie allein. Dann fiel das Volk ihm zu, in solchem Maße, daß sie ihn zum König machen wollten. Er entzog sich ihnen. Er blieb allein. Weil er innerlich allein war, alles, aber auch alles anders sah als alle. Die Frommen im Volk sahen das Volk verloren, er allein sah unter den Verlorenen viele, die er löslich werden sollten. Sie sahen sich und ihr Volk gut geführt, er sah sie als Schafe ohne Hirten, zerstreut; sie sahen kommende herrliche Tage für das Volk, er sah die Stadt und den Tempel schon zerstört. So allein, so einsam bis ins Letzte geht er seinen Weg. Es hat etwas Schauerliches, wenn man sich nur ein einziges Mal da richtig hineinsetzt.

Und doch sagt er: Ich bin nicht allein. Er sagt auch, warum er nicht allein ist: „Ich und der Vater, der mich gesandt hat.“ In dieser Gemeinschaft des Vaters hat er mehr, als sie alle ihm je hätten geben können, ist er stärker als alle um ihn. Nicht von den jubelnden aber hassenden Massen, sondern von ihm, dem mit Gott allein Verbundenen, ist die Erlösung der andern, ist die Umwandlung der Welt ausgegangen. Von ihm und von denen, die es auf sein Wort und Beispiel gewagt haben, so mit Gott allein zu sein, mit ihm allein ihren Weg zu gehen, ihr Wort zu sagen, ihr Werk zu tun. Er hat sie durch die Macht seines Alleinseins mit dem Vater je und je ausgesondert aus der wogenden, schwankenden Masse. Durch ihn sind sie einsam, aber in ihm sind sie mit dem Vater vereint. Auch unsere erregte, wogende Zeit braucht solche Einsamen, die doch ihn haben, die sich von ihm senden lassen hinein in die Unruhe der Zeit, um in ihr die Ruhe des Ewigens festzuhalten und sie hineinzutragen in alles Schwanken. Gott helfe uns, daß wir zu denen gehören, die so ihm nachfolgen, die allein sind und doch bekennen können: „Ich bin nicht allein, sondern ich und der Vater, der mich gesandt hat.“ P. S. B.

Muttertag 1933.

Seit etwa zehn Jahren hat der Gedanke eines allgemeinen Deutschen Muttertages in Deutschland Wurzel gefaßt und sich durchgesetzt. Die Förderung des Gedankens ist durch einen besonderen Reichsausschuß bei der Arbeitsgemeinschaft für Volksgegendung erfolgt, und es ist dem Reichsausschuß in der Zwischenzeit im großen und ganzen gelungen, zu verhindern, daß der wertvolle geistige Inhalt des Muttertages durch eine rein geschäftliche Ausbeutung verflacht und entwertet wird. Eine besondere Bedeutung hat der Gedanke des Muttertages im Zusammenhang mit der Förderung der Unterstützung kinderreicher Familien gewonnen. Eine Reihe von Gemeinden hat in den vergangenen Jahren den Muttertag zum Anlaß genommen, den hilfsbedürftigen Müttern kinderreicher Familien besondere Zuwendungen zukommen zu lassen. Da derartige Zuwendungen auch im Jahre 1933 noch möglich sein werden, erscheint angesichts der Finanznot der Gemeinden zweifelhaft. Jedenfalls können aber alle Gemeinden auch auf andere Weise den Muttertag und die damit verbundenen Bestrebungen des Reichsausschusses tatkräftig unterstützen. Der Muttertag wird alljährlich am zweiten Mai Sonntag, in diesem Jahre also am 14. Mai, begangen.

Verlängerte Osterferien.

Aber nur für höhere Schulen in Preußen.

Den Schülern der höheren Schulen in Preußen ist eine kleine Osterfreude bereitet worden. Durch eine Verfügung des Kommissars des Reiches für das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ruff, ist der Beginn des neuen Schuljahres für die höheren Schulen auf den 1. Mai festgesetzt worden. Nach der Ferienordnung hätte das neue Schuljahr kurz nach dem Osterfest beginnen sollen. Durch die neue Anordnung werden die Osterferien für die höheren Schulen um zwölf Tage verlängert werden.

Man darf nun aber nicht glauben, daß den höheren Schulen aus irgendeinem Grunde eine besondere Vergünstigung gewährt werden soll. Die Hinausschiebung des Schuljahresbeginns ist vielmehr darin zu suchen, daß Zeit gewonnen werden soll für den Umbau der Verwaltung im höheren Schulwesen. Die ganze Umstellung, zu der auch ein großer Wechsel der Unterrichtskräfte gehört, soll nach Möglichkeit bis zum Beginn des neuen Schuljahres durchgeführt werden. Den Schülern der höheren Schulen ist noch zu sagen, daß der durch die Verlängerung der Osterferien entstehende Ausfall an Unterrichtstagen durch eine Verkürzung anderer Ferien, voraussichtlich in erster Linie der Pfingstferien, ausgeglichen werden wird. Wenn sie das erfahren, wird ihre Osterfreude wahrscheinlich schon ein bißchen „gedämpft“ sein.

„Tag der nationalen Arbeit.“

Große Kundgebungen am 1. Mai.

Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Vorbereitung eines Gedenkturnes, der den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklären soll. Es wird in dem Gesetz bestimmt werden, welche Betriebe am 1. Mai schließen und wie es am 1. Mai mit Geschäftsschluß gehandhabt werden soll. Für den 1. Mai sind im übrigen große Kundgebungen in ganz Deutschland geplant.

In Berlin soll die Heerschau der deutschen Arbeiter auf dem Tempelhofer Feld stattfinden, bei der der Reichskanzler eine Rede halten wird. Diese wird über alle deutschen Sender verbreitet und außerdem

Nationale Agrarwirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats hat der Präsident Dr. Brandes die Grundsätze einer Nationalagrarwirtschaft mitgeteilt, die wohl auch die Richtlinien der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung sein dürften. Nach diesen Grundsätzen soll die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft im ganzen Umfang wiederhergestellt werden, wobei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Härten, die vorübergehend durch eine Preissteigerung eintreten können, sich vermindern oder ganz ausschalten lassen, wenn gleichzeitig oder rechtzeitig eine ausgiebige Senkung der Steuerlasten und Zinsen erfolgt. Es ist einleuchtend, daß, wenn die Kaufkraft der Landwirtschaft gesteigert wird, auch die Nachfrage nach gewerblichen und industriellen Produkten zunehmen muß, zumal es sich hier um Summen von einigen Milliarden Mark handelt. Wenn 1930/31 der Wert der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft bei 10 Milliarden Mark lag, wenn dieser Wert inzwischen auf 6,5 Milliarden Mark abgesunken ist, so zeigt das, welche Summen in Frage kommen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß wir bis zum Einbruch der Krise erhebliche Mengen Nahrungsmittel aus dem Ausland eingekauft haben, von denen ein sehr großer Teil sich unbedingt im Inlande herstellen läßt. Eine völlige Abschließung der Grenzen, also die sogenannte Autarkie oder Selbstgenügsamkeit, will auch die deutsche Landwirtschaft nicht, wohl aber einen Umbau der Handelspolitik, der davon ausgeht, daß wir nicht mehr unbegrenzt Waren auf der Grundlage der Meistbegünstigung hereinkommen lassen, sondern ein System ausbilden, das es ermöglicht, die Einfuhr im gegenseitigen Austausch mengenmäßig zu beschränken. Wer auf dem deutschen Markt verkaufen will, muß sich auch bereit erklären, deutsche Waren als Gegenleistung aufzunehmen, während es bisher so war, daß selbst Länder, die uns nach dem Generaltarif behandelten, also die deutsche Einfuhr mit höchsten Zöllen belegten, nach Deutschland zu verhältnismäßig niedrigen Zöllen einführen konnten. So hat beispielsweise Kanada immer das Drei- bis Vierfache nach Deutschland eingeführt, was Deutschland nach Kanada ausführen konnte, ein Verhältnis, das auch im Warenverkehr mit anderen Ländern bestanden hat. Daß die Reichsregierung entschlossen ist, diese Wirtschaft- und Handelspolitik durchzuführen, geht auch aus der Gleichschaltung in der Leitung der großen Wirtschaftsverbände hervor. Es soll verhindert werden, daß einzelne dieser Wirtschaftsverbände Sonderinteressen geltend machen oder verfolgen, nicht deshalb, weil die Reichsregierung diese Sonderinteressen nicht anerkennen will, sondern deshalb, weil eine gemeinsame Grundlage für alle nationalwirtschaftlichen Interessen gefunden und durchgehalten werden muß.

Nachdem die Reichsregierung das Fettmonopol errichtet hat, wird sie zunächst wohl ihre Maßnahmen auf die allgemeine Senkung der Steuerlasten und Zinsen abstellen müssen. Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß der Ausweis über den Reichshaushalt 1932/33 einen Fehlbetrag in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark erwartet. Damit wurde aber schon lange gerechnet, was zunächst sich auch darin ausdrückt, daß der Reichshaushalt auf der bisherigen Grundlage bis zum 30. Juni 1933 verlängert werden soll. Soweit ein Fehlbetrag vorhanden ist, wird er durch die Kreditemittlung ausgeglichen werden, ganz abgesehen davon, daß bei der Schuldentilgung nur 100 Millionen Mark eingesetzt werden, während der Voranschlag auf Grund der sogenannten lex Schacht 420 Millionen Mark vorsah. Daß Reichsregierung und Reichsbank von dem Erfolg der neuen Wirtschaftspolitik überzeugt sind, geht daraus hervor, daß die Reichsbank sich entschlossen hat, den sogenannten Kreditkontredit, der noch 280 Millionen Mark ausmacht, an die Gläubiger zurückzubezahlen. Die deutsche Währung wird dadurch bestimmt nicht erschüttert werden.

Arbeitsmarktbericht

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 16. bis 31. März 1933:

Im Monat März hat sich die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen um 21 590 oder 5,1% vermindert. Ihre Zahl beläuft sich nach dem Stand vom 31. 3. 33 auf 398 252, davon entfallen 35 437 auf die Arbeitslosenversicherung (Abnahme 12 049), 112 088 auf die Krisenfürsorge (Abnahme 1405) und 250 727 auf die Wohlfahrt (Abnahme 8136). Die Zahl der Arbeitsuchenden überhaupt, zu denen außer den unterstützten Arbeitslosen noch die Mehrzahl der Arbeitsdienstwilligen,

Kultur, nicht Ritsch!

Der Reichskanzler über die Zurückdrängung fremdrassiger Elemente.

Reichskanzler Hitler berief, wie der Verband der Ärzteschaft Deutschlands mitteilt, den Kommissar der ärztlichen Spitzenverbände, Dr. Wagner, zur Berichterstattung über die Gleichschaltung der Ärzteschaft. Adolf Hitler gab dem Bericht zufolge eine sehr ausführliche Darlegung seines Standpunktes und seiner Absichten zur Reinigung des Volkes und namentlich der intellektuellen Schichten von

fremdstämmigem Einfluß und rassenfremder Durchsehung.

Er betonte, daß man durch baldige Ausmerzung der Überzahl jüdischer Intellektueller aus dem Kultur- und Geistesleben Deutschlands dem natürlichen Anspruch Deutschlands auf arteilene geistige Führung gerecht werden müsse.

Die größten Leistungen des geistigen Lebens seien niemals von rassenfremden, sondern von den Trägern arischer und deutscher Geisteskräfte vollbracht worden. Bei der Begrenztheit des Lebensraumes der deutschen Geistesarbeit und ihrer Träger hätten die eigenen Volksgenossen ein natürliches, moralisches Anrecht auf Vorrang und Bevorzugung. Die Zulassung eines im Verhältnis zum Volksganzen zu großen Anteils fremdstämmiger würde als Anerkennung der geistigen Überlegenheit anderer Rassen gedeutet werden können, die mit aller Entschiedenheit abzulehnen sei.

Amerika, das vor anderen Ländern zum Träger einer starken Gegenbewegung geworden sei, habe am allerwenigsten zu einer solchen Abwehr Veranlassung. Das amerikanische Volk habe zuerst aus der Verschiedenwertigkeit und Unterschiedlichkeit der Rassen praktische und politische Folgerungen gezogen und durch seine Einwanderungsgesetze den unerwünschten Zugang solcher Rassenangehörigen ferngehalten, deren Beherbergung dem amerikanischen Volke unerträglich erscheine. Amerika sei auch keineswegs bereit gewesen, jetzt die Tore für etwa aus Deutschland „flüchtende“ Juden zu öffnen, denen in Wirklichkeit in Deutschland kein Haar gekrümmt worden sei.

Der Reichskanzler erkannte die Not an, die im ärztlichen Stande und unter der jetzigen ärztlichen Jugend vielfach herrsche. Gerade dieser deutschen Jugend müssen Lebensraum und Arbeitsmöglichkeiten durch eine tatkräftige

Zurückdrängung fremdrassiger Elemente geschaffen werden. Die Förderung der geistigen Berufe

hänge von deren Mitarbeit an dem Aufbau eines autoritären gereinigten, starken deutschen Staatswesens. Die rassenhygienische Reinigungsarbeit, die jetzt geleistet werde, wirke sich vielleicht erst in Jahrhunderten aus. Es handele sich heute darum, ein festes Fundament für die künftige politische Entwicklung aufzurichten.

Gegen die Verfälschung unserer Geschichte

Eine Ermahnung des Reichsministeriums für Volksaufklärung.

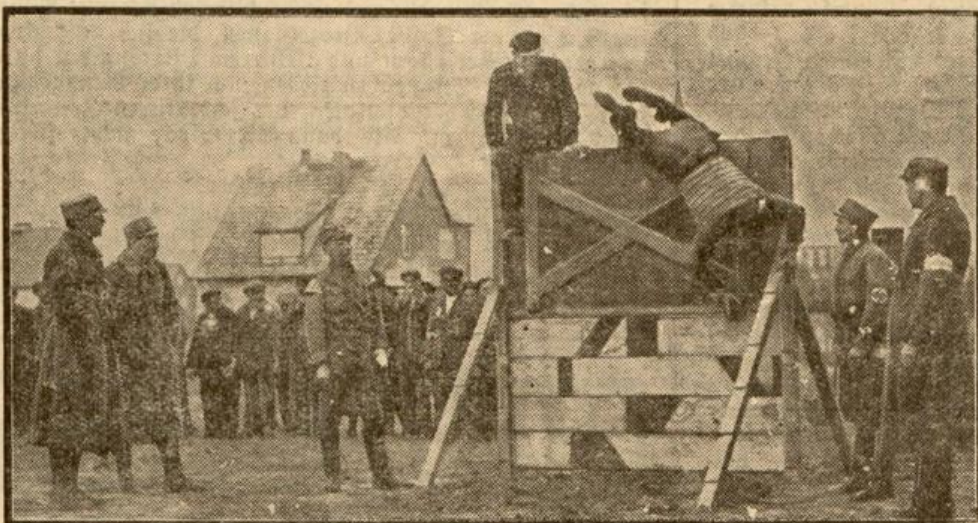
Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Die nationale Erneuerung unseres Volkes ist ein so großer geschichtlicher Vorgang, daß er der ganzen Nation heilig sein sollte. Nur wenigen Berufenen ist, wie immer, die Umformung dieser Bewegung in künstlerische Werte vorbehalten. Eine geschmacklose Verarbeitung ihrer Symbole und gar ihre geschäftliche Ausnützung fügt dem deutschen Ansehen Schaden zu. Im Interesse einer gesunden völkischen Wiedergeburt darf unter keinen Umständen die nationale Revolution mit patriotischem Ritsch überwuchert werden.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda erwartet von dieser Erklärung, daß jeder Berufsstand mit dem größten Ernst an dem kulturellen Aufbau unserer Nation mitarbeitet, das Volk insgesamt dagegen üble Geschäfts- und Konjunkturerseignisse ablehnt und bekämpft. Die Regierung sieht es als ihre Pflicht an, gegen jedes kulturschädigende Wirken, wozu auch die Verfälschung unserer Geschichte und unserer nationalen Symbole gehört, mit den entsprechenden Mitteln vorzugehen.

Hitler an die SA. im Reich und in Österreich.

Anerkennung der disziplinierten Durchführung des Boykotts.

Der Reichskanzler wird am Sonnabendabend im Berliner Sportpalast und in den Tennishallen zur Berliner SA. sprechen. Es ist ein Befehl an die gesamte SA. im Reich und in Österreich ergangen, für diese Stunde einen Appell anzusehen und die Rede des Reichskanzlers Hitler durch Lautsprecher übertragen zu lassen. Wie wir hören, wird der Reichskanzler der SA. seine besondere Anerkennung für die disziplinierte Durchführung des Boykotts aussprechen.



Aus einem Sammellager für politische Häftlinge.

In Oranienburg bei Berlin befindet sich ein Sammel-lager für politisch verdächtige Personen und Schutzhäftlinge, aus dem wir hier ein interessantes Bild wiedergeben: die Häftlinge dürfen sich sportlich betätigen. Häftlinge bei sportlichen Übungen, die ihnen von der Lagerverwaltung gestattet werden.

die Notstandsarbeiter, die Personen, die sich noch in Wartezit befinden und sonstige nichtunterstützte Arbeitslose gehören, verminderte sich im Monat März um 19 470 oder 3,9% auf 474 714 am 31. März 1933. Dieser Rückgang zeigt, daß die Frühjahrsbelegung bereits in beachtlichem Ausmaß zum Durchbruch gekommen ist. Der jetzt erreichte Stand der Arbeitsuchenden ist nur noch geringfügig (um rd. 3000) von dem im Jahre 1932 überhaupt erreichten tiefsten Stand entfernt.

Die Frühjahrsbelegung zeigt sich naturgemäß am stärksten in den eigentlichen Außenberufen, deren Beschäftigungsgrad weitgehend von der Bitterung abhängig ist. So verminderte sich die Zahl der Arbeitsuchenden in

der Landwirtschaft, im Bau- und Baustoffgewerbe seit dem Höhepunkt winterlicher Arbeitslosigkeit bisher um 14 000 oder 13%. Es stehen jedoch noch über 90 000 Arbeitsuchende in diesen Berufsgruppen zur Verfügung. Die Belegung im Baugewerbe geht in starkem Maße von den mit Reichszuschüssen durchgeführten Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten aus, ferner von Maßnahmen, die als Notstandsarbeit oder aus dem Sofortprogramm durchgeführt werden. Innerhalb der Landwirtschaft hat die Landhilfe stärksten Anklang gefunden. Anträge seitens landwirtschaftlicher Arbeitgeber auf Zuweisung von Helfern gehen in großer Zahl bei den Arbeitsämtern ein. Als Helfer können arbeitslose männliche und weibliche Jugendliche von 14

Der schwarze Adler im goldenen Feld.

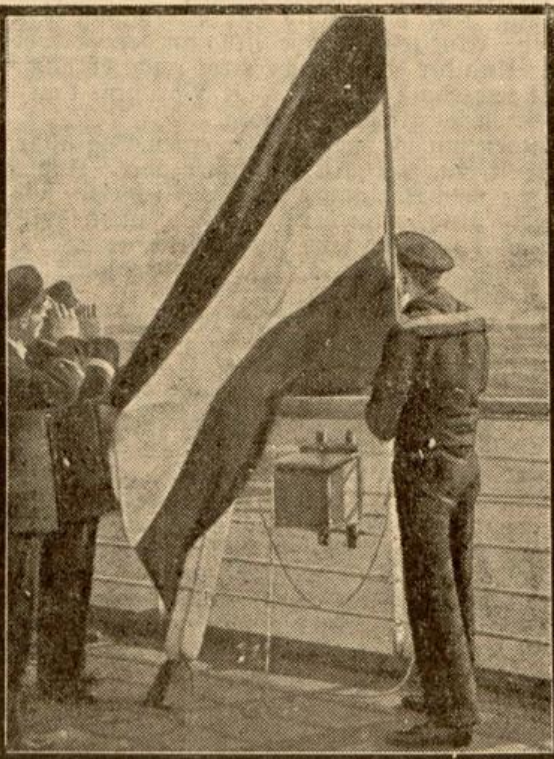
Das Wappenschild der Reichsbehörden.

Aus dem Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt:

Aus nationalen Kreisen sind Einwendungen gegen die Amtsschilder der Reichsbehörden, die den schwarzen, rot bewehrten Adler auf goldenem oder goldgelbem Untergrund zeigen, mit der Begründung vorgebracht worden, die Beibehaltung dieses Untergrundes bedeute eine KonzeSSION an die Anhänger des bisherigen Systems. Diese Auffassung ist irrig. Der Reichsadler ist im Schilde als Reichswappen, nicht erst seit 1918, sondern seit Jahrhunderten, nicht erst goldene, bei Anwendung anderer Stoffe als Metall auf goldgelbem Grunde dargestellt worden. Aus dem Reichsministerium des Innern wird dazu noch mitgeteilt:

Nach einer noch vorhandenen Abbildung aus dem 14. Jahrhundert ist der Reichsadler im Wappenschild schon damals auf goldenem Grund geführt worden. Das Wappenzeichen des Römischen Reichs Deutscher Nation war stets der Adler in goldenem Felde.

Setzen dem alten ehrwürdigen Reichssymbol wurde bei der Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar 1871 ein goldgelber Wappenschild mit dem schwarzen, rot bewehrten Adler verwendet. Sodann hat Kaiser Wilhelm I. auf Antrag des Reichskanzlers Fürst von Bismarck durch Erlass vom 15. Oktober 1871 bestimmt, daß das kaiserliche Wappen, das gleichbedeutend war mit dem Reichswappen, einen goldenen Schild mit dem schwarzen, rot bewehrten Adler zeigt. Der gleiche Erlass schrieb für die Standarte des Kaisers gelbe Farbe (d. h. goldgelb gefärbtes Segeltuch) vor, abwechselnd mit dem schwarzen, rot bewehrten Reichsadler und der Reichs-



Wieder schwarz-weiß-rote Handelsflagge.

Wie unsere Aufnahme von Bord des Hapag-Dampfers „Newport“ zeigt, haben die Hamburger Schiffe bereits jetzt die neue Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot ohne Gisch gesetzt.

krone bestreut, darauf das Eisene Kreuz mit dem kaiserlichen Wappen, d. h. dem kaiserlichen Adler auf goldgelbem Schild. Diese Kaiserstandarte wurde zum erstenmal am 16. Oktober 1871 auf dem Schloß zu Berlin gesetzt, als im Weißen Saal die Eröffnung des Reichstages stattfand. Der Oberzeremonienmeister und Chef des Heroldamtes, Dr. Graf Stillsfried, schrieb über dieses historisch denkwürdige Ereignis: „Als der Kaiser sein Palais unter den Linden verließ, senkte sich die auf demselben wehende purpurne (preussische) Königsflagge; gleichzeitig aber stieg auf den Zinnen des Schlosses die Kaiserstandarte langsam empor, und als der Kaiser in das Schloßportal einfuhr, war sie vollständig gehißt und stand im Winde ohne eine Falte, prächtig goldglänzend anzuschauen und vom zahlreich versammelten Publikum bewundert angestaunt.“

Bei den späteren Änderungen der Form des kaiserlichen Adlers (Reichsadlers) ist der goldene Untergrund im Wappen stets beibehalten. Der goldene (goldgelbe) Untergrund im Wappenschild beruht somit auf alter Tradition. Seine Ersetzung durch einen silbernen (weißen) Untergrund würde der Überlieferung des Reichs nicht entronne bestreut, darauf das Eisene Kreuz mit dem kaiserlichen Wappen. Auf silbernem (weißem) Untergrund stand von jeher der Adler im preussischen Wappen, nicht aber im Reichswappen.

Zu einer Beseitigung der Amtsschilder der Reichsbehörden liegt also zunächst kein Anlaß vor. Ob das Reichswappen mit dem Symbol der nationalen Erhebung, dem Hakenkreuz, etwa durch Auflegung eines Wappenschildes, vermählt werden soll, bleibt künftiger Entscheidung vorbehalten.

durch Lautsprecher bei allen Kundgebungen übertragen, die in Deutschland zu gleicher Zeit am 1. Mai stattfinden.

Schließlich ist auch eine große Kundgebung der Reichsregierung im Lustgarten geplant, wo Hindenburg eine Botschaft über die deutsche Arbeit verlesen wird, die ebenfalls dem ganzen Volk durch Rundfunk vermittelt werden soll.

Wie wird das Wetter?

Das Aprilwetter, das pünktlich mit Monatsbeginn einsetzte, brachte ganz Deutschland eine wesentliche Abkühlung. Aus den mitteldeutschen Gebirgen wurden sogar Neuschneefälle gemeldet. Mitte der Woche trat dann langsam eine gewisse Beruhigung ein. Die Temperaturen stiegen im allgemeinen wieder über zehn Grad Celsius. Da aber Ende der Woche sich immer noch ziemlich kräftige Tiefdruckwirbel über Mitteleuropa und über Nord- und Ostdeutschland lagerten, die ihren Weg in den nächsten Tagen südwärts nehmen dürften, wird das über dem mitteleuropäischen Kontinent lagernde Hochdruckgebiet sich noch nicht weiter ausdehnen können. Infolgedessen haben wir auch in den nächsten Tagen in Mittel- und Ostdeutschland mit ziemlich kühlem Wetter und wiederholten Schauern zu rechnen. Im Westen dagegen wird die Beruhigung weitere Fortschritte machen, man wird dort überwiegend trockenere, heitere Wetter mit raschem Temperaturanstieg erwarten können.

Umbildung der Handwerkskammer.

Arnsberg. Es erschien heute bei der Handwerkskammer zu Arnsberg eine Abordnung der NSDAP, unter Führung des Gaukampfleiters von Streitschwert und des Kommissars der Südwestf. Industrie- und Handelskammer, Bornemann, und traf folgende Anordnungen:

1. Das gesamte Präsidium tritt zurück.
2. Zum Kommissar der Handwerkskammer mit außerordentlichen Vollmachten wird Regieremeister Wilhelm Bruns in Arnsberg ernannt.

3. Ein kommissarisches Präsidium ist vom Kommissar ernannt worden. Es besteht aus den Herren: Bildhauermeister Wilhelm Kemme, Meischede; Schuhmachermeister Ewald Dornseifer, Geisweid (Kreis Siegen); Schlossermeister Emil Georg, Grevenbrück, Kreis Olpe. Zwei weitere Herren aus den Kreisen Iserlohn und Altena-Lübendorf werden noch ernannt.

4. Die Mitglieder des kommissarischen Präsidiums sind beauftragt, die Gleichschaltung in den unteren Organisationen des Handwerks durchzuführen.

5. Die Beamten und Angestellten der Handwerkskammer zu Arnsberg erklären, sich hinter die nationale Regierung zu stellen.

* Der Kommissar der Handwerkskammer macht bekannt, daß die über die Maßnahmen, die von der Gaukampfbundführung vorgekommen sind, umlaufenden Gerüchte der Begründung entbehren, soweit sie über die gestrige Verlautbarung hinausgehen. Insbesondere verweist der Geschäftsführer der Kammer, Dr. Hampe, seinen Dienst wie bisher. Die Prüfung der Geschäftsführung durch eine fachverständige Treuhändergesellschaft hat zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben. Die Person des Geschäftsführers trifft kein Mafel.

* Die Kreisarztstelle für den Kreis Altena ist dem Medizinalrat Dr. Heilig mit Wirkung vom 1. April d. J. übertragen worden. Die Dienststräume des Kreisarztes befinden sich in Altena, Hochstraße Nr. 26. (Fernsprech Nr. 2726).

* Sommerurlaubskarten auf der Reichsbahn. Durch Sommerurlaubskarten mit 20%iger Ermäßigung soll auch in diesem Jahr der Sommerurlaubsverkehr eine besondere Erleichterung erfahren. Die Reichsbahn hat diese schon im vorigen Jahr beliebte Vergünstigung noch verbessert. Sommerurlaubskarten werden in diesem Jahr in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober ausgeben. Um Urlaubsreisen von kürzerer Dauer diese Ermäßigung zu gute kommen zu lassen, kann von Sommerurlaubskarten schon Gebrauch gemacht werden, wenn der Urlaub eine Mindestdauer von 7 Tagen hat (im Vorjahr 11 Tage). Dadurch, daß auf der Hinreise eine einmalige Fahrtunterbrechung, auf der Rückreise eine dreimalige Unterbrechung der Fahrt gestattet ist, erfährt das Reisen mit Sommerurlaubskarten eine weitere Erleichterung. Die Sommerurlaubskarten, die eine Geltungsdauer von zwei Monaten haben, werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Dabei ist die Mindestentfernungsgrenze auf 200 km festgelegt. Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die Sommerurlaubskarten sind nicht übertragbar und müssen vom Inhaber unterschrieben werden. Um einem Mißbrauch für andere Zwecke als Erholungsreisen vorzubeugen, muß die Hinreise am ersten Geltungstage angetreten werden.

* Der Landfreitag hinter der Reichsregierung. Der Vorstand des Landfreitages hielt am 29. März eine Sitzung ab, in der kommunale Tagesfragen der Landkreise, insbesondere das Problem der Arbeitslosenhilfe, der Arbeitsbeschaffung und der Umsiedlung behandelt wurden. Dabei kam einmütig zum Ausdruck, daß der Landfreitag, der in Krieg und Frieden an allen einschlägigen Fragen von Staat und Nation, von Wirtschaft und Wohlfahrt mitgearbeitet hat, hinter der neuen Reichsregierung steht und sie bei dem nationalen und wirtschaftlichen Wiederaufbau mit allen Kräften unterstützen wird. Der Vorstand ist der Auffassung, daß gerade die ländlichen kommunalen Verbände in Gegenwart und Zukunft besonders berufen sind, an dem nationalen Befreiungswerk in vorderster Linie mitzuarbeiten.

Halver

— O Herr Gemeindevorsteher Adolf Haase aus Halver, Mühlenstr. ist unter der Nummer 394 an das Fernsprechnetz Halver angeschlossen.

— O Aus Anlaß des kommenden Karfreitages sei darauf hingewiesen, daß an diesem Tage verboten sind:

- a) in allen Räumen mit Schanbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art,
- b) alle sportlichen und turnerischen Veranstaltungen, sofern sie einem größeren Publikum dargeboten werden,
- c) alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, soweit sie nicht ausdrücklich von der Polizeibehörde zugelassen sind.

— Zu der Donnerstagsabend im Saale des Hotels zur Post stattgefundenen Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, die von dem Vorsitzenden Hugo Brode kurz vor 1/2 9 Uhr eröffnet und geleitet wurde, hatten sich die Mitglieder recht zahlreich eingefunden. Nachdem er auf die in den letzten Wochen vorgekommenen Veränderungen hingewiesen hatte, erteilte er dem an Stelle des verhinderten Dr. Deyss vom Provinzialverbande Hagen erschienenen Klene von Hagen das Wort zu dem angemeldeten Vortrage: „Reichsregierung und Hausbesitz“. Sie habe den

Kampf gegen den Marxismus aufgenommen, dessen Bestreben es gewesen sei, den Grundbesitz zu zerstören, wobei er verschiedene Gesetze betrachtete, z. B. das Reichsmietengesetz, die Hauszinssteuer, deren größerer Ertrag zum Bau von Wohnungen verwandt werden sollte, aber in der Verwaltung steckengeblieben sei. Angeblich sollten die Gesetze zum Schutze des Mittelstandes dienen, aber davon hat man wenig oder gar nichts gemerkt, sondern zur Vorbereitung der kommunalen Einrichtungen sind die Gelder zum Teil verwandt worden. Gegen diese Wirtschaft ist die jetzige Regierung eingeschritten, wie aus Erklärungen von v. Papen und Hitler hervorgeht. Dies beweise die Grundsteuerermäßigung, die Zuschüsse zur Instandsetzung der Häuser und Wohnungen, wozu bereits 50 Millionen RM verbraucht sind und weitere 50 Mill. RM in Aussicht genommen sind. Durch einen erst jetzt bekannten Erlaß v. 27. März sind die Hauszins- und Grundsteuer um das 1 1/2 fache, also um 50% ermäßigt worden. Nachdem der Vorsitzende dem Redner den Dank für den lehrreichen Vortrag ausgesprochen hatte, legte der Geschäftsführer Schöppenberg seinen Posten im Vorstände nieder. An seine Stelle wurde das Mitglied Lemmert, Hochstraße gewählt, der jedoch ablehnte. Nunmehr fiel die Wahl auf den Verwaltungsfeldrat i. R. Ernst Pohl, der denselben annahm. Als Rechnungsprüfer wurden bestimmt Hans Fastenrath und Adolf Turt. Der Vorsitzende trarf einen Rückblick auf die seitherige Tätigkeit. Es waren im ganzen 140 Anträge auf 127 000 RM Unterstützung zur Ausführung von Reparaturen gestellt. Er bittet, die Anträge auf Gewährung von Unterstützung rechtzeitig zu stellen. Es wurde dann noch ein Werberausschuß gewählt. Hierauf wurden die neuen Satzungen verlesen, die die Anwesenden durch Namensunterschrift anerkannten. Zum Schluß wurde auch an pünktliche Zahlung der Beiträge erinnert, sowie sonstige Anregungen gegeben, so daß kurz vor 11 Uhr die Versammlung geschlossen werden konnte.

Schalke mühle

— O Polizeiliches. Gefunden: 1 Geldbeutel. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeschäftsstelle in Schalke mühle geltend zu machen.

Dahlebrück

— „Sonntagskarten sind am Fahrkartenschalter des Bahnhofes Dahlebrück jetzt nach den Stationen: Nummern, Breckersfeld-Privat, Dahl, Brügge, Oberbrügge und Schalke mühle. Hinzukommen noch die Stationen, nach denen es bereits Sonntagskarten gab, so daß die jetzige reichhaltige Auflage von Sonntagskarten allgemeine Befriedigung auslösen wird.

— „Verkehrsbelebung bei der Reichsbahn. Wir berichten kürzlich über eine schlechte Erreichung des Bahnhofesgebäudes von Seiten der volmeabwärts wohnenden Bürger. Die vom Verkehrsausschuß des SGB. angeregte Verkehrserschöpfung durch Schaffung einer Steintreppe, die die Volmestraße mit dem Bahnhofesgebäude Dahlebrück verbindet, wodurch dem reisenden Publikum, welches volmeabwärts zu Hause ist, der Weg zum Bahnhof um ca. 200 m Länge verkürzt wird, scheint bei der zuständigen Stelle der Reichsbahndirektion Wuppertal endlich die verdiente Beachtung gefunden zu haben. Die Eigentümer der ans Bahnhofesgebäude angrenzenden Besitzungen sind bereits dabei, den nötigen Platz freizumachen, damit die demnächst in Angriff zu nehmenden Bauarbeiten keinen Aufenthalt erleiden.

— „Der SGB. erleichtert das Wandern. Die SGB. Abteilung Dahlebrück hat in Gemeinschaft mit der Nachbarabteilung Schalke mühle in uneigennützig Weise ein umfangreiches Rundwegenetz geschaffen, wodurch die schönen heimatischen Wälder, Höhen und Täler zum größten Teil erschlossen worden sind. Um auch Fremden, ortsunkundigen Erholungssuchenden die Möglichkeit zu geben, mit dem schönsten Teil unseres herrlichen Sauerlandes bekanntzumachen, ist in gemeinschaftlicher Arbeit eine schöne, übersichtliche Wanderkarte herausgebracht worden, die über die einzelnen Rundwege usw. ersichende Auskunft gibt. Die sorgfältig zusammengestellte Wanderkarte ist im Preise so niedrig gehalten, daß auch der Vermittelte der Armen solch eine Karte erschwingen kann, die für manch schöne Wanderung zweckmäßige Anregungen gibt. Wie sehr der SGB. Abteilung Dahlebrück aber auch an der Ortsverschönerung interessiert ist, lassen die bereits vollendeten Arbeiten zur Genüge erkennen. Da diese Arbeiten eigentlich sogenannten Verschönerungsvereinen zu fallen, verdienen solche vom SGB. uneigennützig geleisteten Arbeiten ganz besondere Beachtung und Anerkennung. So sind die Reklamebilder von den Gebäuden, Zäunen und Mauerwerken verschwunden. Zu wünschen wäre es, wenn auch die Eigentümer die in großen Lettern mit weißer Farbe aufgetragenen Wahlaufträge und Rime der letzten Wahlen auf den betreffenden Gebäuden unleserlich gemacht würden, da diese Schmierereien das Ortsbild in seiner Anziehungskraft schmälern.

— „Das Vogelnest an der Trinkhalle. An der Erfrischungshalle des Herrn Gebhardt, die dem Hotel Hendel gegenüber an der Volmestraße steht, hat ein Vogelpaar sein Nest gebaut. Das Weibchen läßt sich auch bei dem starken Verkehr auf der Volmestraße und bei dem ständigen Kommen und Gehen der Kunden im Brüten nicht stören. Für den Besitzer der Erfrischungshalle, der ein großer Vogelfreund ist, sind diese seltenen Unternehmungen eine zugkräftige und noch dazu billige Reklame.

Kierspe-Bhf.

— b Gestern Vormittag ereignete sich auf der Hauptstraße an der Neubaufstelle Sure ein Motorradunfall, der leicht größere Folgen hätte haben können. Ein auswärtiger Motorradfahrer, der in ziemlich forschem Tempo die Straße herauffuhr, kam ins Schleudern, sodaß Fahrer und Soziusfahrer auf das Pflaster flogen. Dabei wurde der ortsanfällige K. mit ungeriffen. Außer Hautabschürfungen und kleineren Sachschäden an dem Fahrzeug haben die Beteiligten keinen Schaden erlitten.

— b Die Bauzeitung ist auch hier infolge des eingetretenen guten Wetters eröffnet worden. Auf der Windfuhr errichtet der Prokurist Robert Fastenrath ein Zweifamilienwohnhaus. Die Ausfachungsarbeiten waren bereits während des Winters durchgeführt worden, sodaß man mit den Maurerarbeiten ebenfalls begonnen hat. An der Hauptstraße läßt Herr Heinrich Sure ein Wohn- und Geschäftshaus bauen. Die Ausfachungsarbeiten wurden in Angriff genommen. An industriellen Bauten ist über einen Fabrikneubau der Firma Bachhaus & Co. zu berichten. Die Firma ist derart gut beschäftigt, daß sie ihre Arbeitsräume um einen geräumigen Anbau vergrößern muß. Auch hier haben die Arbeiten bereits begonnen. Die beiden letztgenannten Bauten werden durch die Unternehmungsfirma Aug. Hüttenbräcker ausgeführt, während den Bau des Herrn Fastenrath der Unternehmer Ernst Hemicker übernommen hat.

pn. Hagen. Direktor Kollbohm beurlaubt. Gestern morgen wurde von den Kommissaren des Elektrizitätswerk Markt der Direktor Kollbohm beurlaubt. Die Gründe sind noch nicht bekannt geworden.

pn. Mülthof (Kr. Altena). Den Arbeitgeber um 5000 RM erleichtert. Einen großen Vertrauensbruch beging der Buchhalter K. Er kam im Jahre 21 als Lehrling zu der Firma Heinrich Kempen und wurde bald nach Beendigung seiner Lehrzeit als Buchhalter angestellt. Im Jahre 1931 kam die Steuerbehörde dahinter, daß bei der Firma irgendetwas nicht stimme. Es wurde eine Revision vorgenommen und dabei festgestellt, daß über 5000 RM unterschlagen waren. Die Steuerbücher wiesen höhere Beträge auf, als in Wirklichkeit gezahlt waren, verschiedene Geldeingänge waren überhaupt nicht gebucht. Der Angeklagte hatte sich einen Personkraftwagen angeschafft und damit Spritz Touren gemacht. In der gestrigen Verhandlung vor dem Hagener Schöffengericht gab er zu, in den Jahren insgesamt 4 bis 5000 RM an sich genommen zu haben. Seine Entschuldigung war, es sei ihm zu leicht gemacht worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mildernde Umstände und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist für 2 Monate.

Was man noch wissen muß.

Neuer Kommissar z. b. V. im preussischen Innenministerium.

Berlin. Vorgesessener Walter Tengelmann-Essen ist als Kommissar zur besonderen Verwendung in das preussische Innenministerium berufen worden.

Zusammenschluß der Rundfunkhörerorganisationen.

Berlin. Dem Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer mit seinen 125 000 Mitgliedern hat sich nunmehr der Funktechnische Verband e. V. mit seinen nahezu 500 Vereinen einschließlich des Amateurlandes und Empfangsdiensles angeschlossen. Es ist damit der ausschlaggebende Teil der Hörerschaft sowohl in politischer als auch in technischer Hinsicht zu einem großen Block vereinigt. Es wird nunmehr möglich sein, die Intentionen des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda durch einen großen geschlossenen Block der Hörerschaft zu unterstützen.

Rauchbomben in einen Wohlwert-Laden.

Heilbronn am Neckar. Abends wurde ein Schaufenster des Wohlwert-Geschäftes in der Sulmer Straße von außen her eingeschlagen. Gleichzeitig erfolgte innen unmittelbar neben der Eingangstür eine Explosion mit einem furchtbaren Knall und starker Rauchentwicklung. Der Sachschaden ist bedeutend. Personen kamen nicht zu Schaden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden zwei jüngere Leute festgenommen.

Rosenberg beim Reichsaussenminister.

Am Freitagnachmittag hat, nach einer Meldung des „Völkischen Beobachters“, der Chef des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, dem Reichsaussenminister v. Neurath einen längeren Besuch ab-

Die Beschlagnahme des „Seefalke“ aufgehoben.

Das Handelsgericht in Breslau hat, wie aus Paris gemeldet wird, am Freitag die über den deutschen Hochseeschlepper „Seefalke“ verhängte Beschlagnahme aufgehoben.

Ein Mithelfer des Reichstagesbrandstifters?

In Plauen wurde ein Anwohner der Adolf-Hitler-Straße festgenommen. Er steht in dem Verdacht, kurz vor der Brandstiftung im Reichstag den Holländer Marinus van der Lubbe, der die Brandstiftung im Reichstag begangen, hat einige Tage in seiner Wohnung beherbergt zu haben. Eine Zeugin will Lubbe nach einem veröffentlichten Bild mit aller Bestimmtheit erkannt haben.

Spiel und Sport

— Dedinghausen. Es ist dem hiesigen Verein für Sonntag gelungen, die spielstarken Mannschaften des Brügger Turnvereins zu verpflichten. Das mit äußerst spannenden Kämpfen zu rechnen ist dafür verbürgt der gute Ruf der Gäste. Sind doch die letzten Spiele, welche beide Vereine in der Meisterschaftsserie austrugen, noch in bester Erinnerung und wir hoffen darum, daß dieselben Sonntag ebenfalls wieder werbend für unseren Handball sein werden. Die Spiele beginnen um 14 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Tochter, Friedr. Wilh. Berges und Frau, Wilbringhamen b. Kierspe. — 1 Sohn, Heinz. Ernst Kriesendahl und Frau, Eltinghausen b. Kierspe. — 1 Tochter, Adolf Walter Gräfe und Frau, Kierspe-Bhf. — 1 Sohn, Eugen Ernst Benninghaus und Frau, Dürrenhaas. — 1 Sohn, Karl Rogalla und Frau, Kierspe-Bhf. — 1 Sohn, Albert Schlied und Frau, Hemede b. Kierspe-Bhf. — 1 Tochter, Fritz Müller und Frau, Felsberg b. Kierspe. — 1 Tochter, Aug. Friedr. Zeise und Frau, Kierspe.

Verheiratete:

Karl Wiebel und Karla Vortfeld, Windhof u. Reetmannshoop (Südwestafrika). — Ernst Benninghaus und Erna Wiebel, Brügge und Halver. — Gustav Steinmetz und Charlotte Ludwig, Schalke mühle. — Friedr. Stöcker und Ida Alma Grasföhrer, Brügge. — Wilhelm Kämper und Margarete Zli, Schalke mühle. — Karl Rogalla und Elise Wiebahn, Volme und Lübendorf. — Karl Schubeus und Elisabeth Freyberg, Meinerzhagen. — Walter Müller und Adeline Tweer, Meinerzhagen.

Gestorben:

Frau Otto Goseberg, Anna geb. Raber, Kierspe-Bhf., 57 J. alt. — Wilhelm König, Schloß b. Meinerzhagen, 67 J. alt. — Wilhelm Brodteper, Brügge, 69 J. alt. — Anton Raabe, Halver, 68 J. alt. — Erwin Hagenpflug, Kierspe-Bhf., 2 J. alt. — Ww. Wilh. Benninghaus, Ida geb. Wülfrath, Gintendecke, 58 J. alt.

Du suchst das Glück und weißt nicht wie; kauf Dir ein Los, spiel Lotteri!

Einige Gewinne der Preuß.-Südd. Klassenlotterie:

4 à 500 000 RM.
2 à 300 000 RM.
2 à 200 000 RM.
12 à 100 000 RM. usw.

Lospreis: 1/5 5.-, 1/10 10.-, 1/20 20.-, 1/40 40.-
Ziehung 21. und 22. 4. 1933

Lose noch zu haben in der Staatl. Lottereeinnahme

SCHMERFELD

— Hagen Westf., Kleine Kampstraße 9a. —
Gegenüber Restaurant Nordstern. Telefon 27039.

Sonntag, den 9. April geöffnet von 2-6 Uhr

Zu Ostern die schönsten

Kleider, Mäntel, Jackenkleider Complets - Hüte

Die Abteilungen für Stoffe bringen
das Neueste in Wolle, Seide, Kunstseide und Waschstoffen.

Die Auswahl riesengroß.

Die Preise sehr niedrig gestellt

J. Loewenstein - Hagen

Elberfelderstraße 1 - 3 - 5.



Weinet nicht an meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denkt was ich gelitten habe,
Eh' ich schloß die Augen zu.

Gestern abend 9¹/₄ Uhr verschied nach
langem, schweren Leiden unsere innigstgeliebte,
treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester,
Schwägerin und Tante

Ww. Eduard Grell
Helene geb. Martini

im Alter von 68 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Anschlag, Halver, Ehringhausen, Laasphe,
den 7. April 1933.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 11. April cr,
nachm. 2 Uhr vom Sierbehaue aus statt. — Kranzspenden
und Beileidsbesuche dankend verboten.

Die Dummen werden nicht alle!

Heute noch werden jedem Vermittler, der mit den Möbelkäufern
nach Hagen, Dortmund, Bochum, Elberfeld, Schwerte usw. fährt,
von den sogenannten Fabrikägern, die gar keine sind,

25% Provision

gezahlt. Meistenteils wird der Kaufpreis dadurch höher, oder die
Qualität der Ware schlechter. So mißbraucht man das Vertrauen
des gungläubigen Käufers. Der

kluge Käufer

aber kauft nur in den Fachgeschäften, die ihn immer reell und
verantwortungsvoll bedienen, z. B. in dem

Möbelhaus

Aug. Bührmann, Iserlohn und Lüdenscheid
- gegr. 1899 -

Zwangsvorsteigerung.

Am Montag, den 10. 4. 1933
mittags 13 Uhr sollen
in meinem Versteige-
rungslokal Wirtschaft
Hotel zur Post in
Halver öffentlich meist-
bietend gegen bare Zah-
lung versteigert werden:
1 Drehbank 1 Bohr-
maschine, 1 Schreib-
maschine, 1 Pult, 1
Presse.

Lüdenscheid, d. 8. April 33.

Lange,

Ob-Gerichtsvollzieh. Lüdenscheid

Amt Lüdenscheid.

Sitzung

der Gemeinde-Ver-
tretung Hülscheid

am Dienstag, den
11. April ds. Jrs.
18 Uhr im Amtshause
zu Lüdenscheid.

Einführung des komm.
Gemeindevorstehers.
Grundstücksangelegen-
heiten.

Sämtliche

Schul-

artikel

für Volks- u. Rektorat
schulen

Buchhandlung

Wilh. Bell jr. Halver

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenb.,
Automobilbau, Flugzeugbau,
Heizungsbau, Kältetechnik,
Landw. Masch., Radiotechnik.
Lehrpläne anfordern

Landbund.

Sprechtag

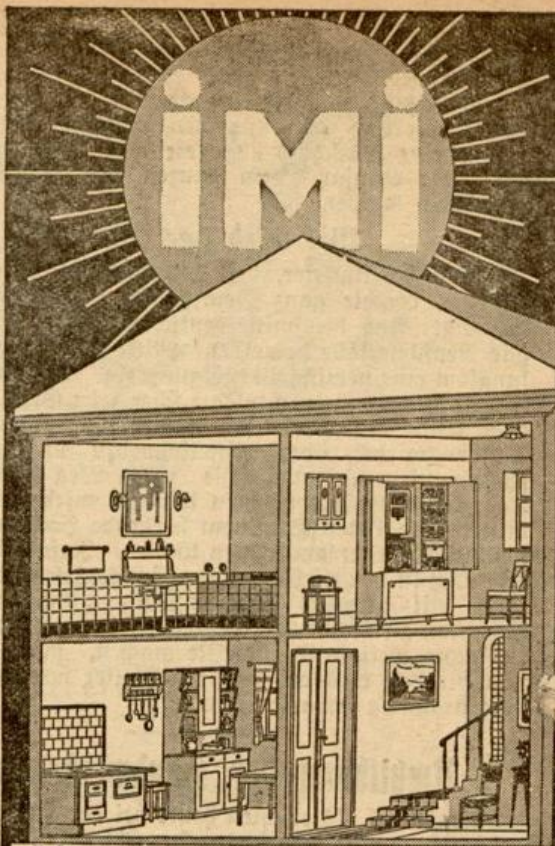
in Halver

am Mittwoch, d. 12. April
im Hotel zur Post nachm.
von 5-6 Uhr.

Dienstag nachmittag,
den 11. April, erhalte ich

altenb. Schweine

Aug. Kerspe, Halver.
Tel. 352.



**Nirgends Schmutz, nirgends Flecke,
IMI-Glanz in jeder Ecke!**

IMI ist der Wächter der Reinlich-
keit - in der Speisekammer,
im Badezimmer, in der Toilette,
im ganzen Heim! Gerade weil
ein gesundes Heim viel Reini-
gungsarbeit erfordert, brauchen
Sie eine flinke, billige Kraft,
ein Mädchen für alles: IMI

7165/33a

IMI zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen,
für Geschirr und alles Hausgerät

Hergestellt in den Persilwerken!

Ich habe mich in Halver als
RECHTSANWALT

niedergelassen.

Gleichzeitig bin ich zum **Notar**
ernannt worden.

Mein Büro befindet sich Frankfurterstr. Nr. 4

Sprechstunden:
vormittags 9-12 Uhr.
nachmittags (außer Sonnabend)
3-6 Uhr.

Fernsprecher: Halver 524.

Dr. jur. Otto Schorre.

Miele

Mod. 1933

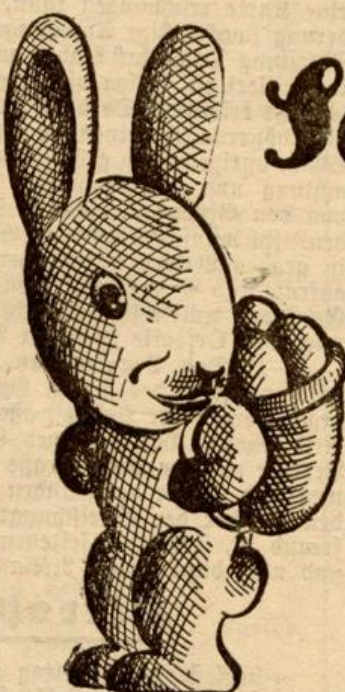
mit der molkereimäßig scharf
entrahmenden Trommel aus
Phosphor-Bronze.
Schwenkbares, leicht zu hand-
habendes Vollmilchbassin.
Leichter, geräuschloser Lauf.
Blechteile messingver-
nickelt.
Das Getriebe ist gegen
Schmutz und Spülwasser
geschützt und besitzt ein
selbsttätiges Ölbad.
Alle Maschinen sind mit
Tourenzähler ausgerüstet.

D.R.G. u. D.R.G.M.

Sie können wohl mehr Geld für eine Zentrifuge ausgeben, aber nie eine
bessere als „Miele“ kaufen. „Miele“ ist in Qualität und Preis unerreicht.
Kaufen Sie keine Zentrifuge, ehe Sie die neue „Miele“ besichtigt haben.

Zu haben in den Fachgeschäften.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen.
Größte Spezialfabrik Deutschlands



Sonntag vor Ostern

ist unser Geschäft
von 2 bis 6 Uhr
geöffnet.

ALSBERG

H A G E N

Das große, leistungsfähige Textilkauflhaus. Gegr. 1875.

Garbardine - Mäntel

der elegante und praktische
für Damen und Herren

für Damen im Preise von

RM. 17⁰⁰ 19⁰⁰ 28⁵⁰ 32⁵⁰ 38⁰⁰ 46⁵⁰

für Herren im Preise von

RM. 27⁰⁰ 38⁰⁰ 43⁰⁰ 49⁰⁰ 52⁵⁰

F. W. Maas,

Lüdenscheid.